

**Landesförderinstitut  
Mecklenburg-Vorpommern  
Postfach 16 02 55  
19092 Schwerin**

Eingangsstempel

**Antragsnr.:**

GRWD -

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

## ANTRAG

**auf ergänzende Gewährung eines Darlehens für Vorhaben gemäß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“  
(GRW-Ergänzungsdarlehensfinanzierung)**

aus Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Antrag bitte vollständig ausfüllen! Bei  bitte zutreffendes ankreuzen!

**Hinweis:** Anträge auf Förderung sind **vor Beginn** der Maßnahme beim **Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI)** einzureichen.

Soweit für dasselbe Vorhaben bereits ein Investitionszuschuss aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vor Beginn des Vorhabens beantragt wurde, ist eine Beantragung des Darlehens auch nach Vorhabensbeginn möglich.

Die Anträge müssen alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Mittel.

**Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen.**

### 1. Allgemeines

1.1. Wurde für das Vorhaben bereits die Gewährung eines Investitionszuschusses aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) beantragt?

nein

ja

Bitte Aktenzeichen (LFI – Nr.) angeben \_\_\_\_\_

#### 1.2. Antragsteller

1.2.1 Name des Antragstellers/des Unternehmens

Steuer-ID bei Privatpersonen:

Steuernummer (TIND1) bei jur. Personen:

1.2.2 Landkreis	1.2.3 Straße, Nr.
-----------------	-------------------

1.2.4 Postleitzahl	1.2.5 Ort
--------------------	-----------

1.2.6 Ansprechpartner
-----------------------

1.2.7 Telefon (tagsüber)	1.2.8 Telefax	1.2.9 E-Mail
--------------------------	---------------	--------------

Bei Einzelunternehmen/GbR bitte die persönlichen Angaben vervollständigen. Bei einer GbR sind die persönlichen Angaben für alle Gesellschafter erforderlich, ggf. auf gesonderter Anlage beifügen.

1.2.10 Name, Vorname	1.2.11 Geburtsname
----------------------	--------------------

1.2.12 Geburtsdatum	1.2.13 Familienstand
---------------------	----------------------

1.3. Rechtsform des Unternehmens					
<input type="checkbox"/> Einzelunternehmen	<input type="checkbox"/> OHG	<input type="checkbox"/> KG	<input type="checkbox"/> GmbH		
<input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG	<input type="checkbox"/> GbR	<input type="checkbox"/> AG	<input type="checkbox"/> KgaA	<input type="checkbox"/> eG	

1.3.1 Ein Nachweis der Rechtsform liegt dem Antrag als Anlage bei	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
---	-----------------------------	-------------------------------

1.3.2 Der Antragsteller ist vorsteuerabzugsberechtigt	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
---	-----------------------------	-------------------------------

1.3.3 Zuständiges Finanzamt (PLZ/ Ort/ Steuer-Nr.):
---

1.3.4 Gründungsdatum des Unternehmens
---------------------------------------

1.4 Vorförderung	
Hat der Antragsteller bereits Investitionshilfen aus regionalen Wirtschaftsförderprogrammen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erhalten bzw. beantragt?	
<input type="checkbox"/> ja	Bitte angeben, wann, welche und in welcher Höhe (ggf. in einer separaten Anlage)
<input type="checkbox"/> nein	Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.

1.5 Sind 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile des Antragstellers oder antragstellenden Unternehmens im Besitz eines oder mehrerer anderer Unternehmen?	
ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>

1.6 Angaben zur Unternehmensgröße

1.6.1 Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen <sup>1</sup>

\_\_\_\_\_

1.6.2 Jahresumsatz des Unternehmens <sup>1)</sup>

\_\_\_\_\_ EUR

1.6.3 Bilanzsumme des Unternehmens <sup>1)</sup>

\_\_\_\_\_ EUR

1.7 Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens<sup>2</sup>

Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

nein  ja \_\_\_\_\_  
Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe noch in der Umstrukturierungsphase?

nein  ja \_\_\_\_\_  
Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Hat die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen?

nein  ja \_\_\_\_\_  
Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Hat die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan?

nein  ja \_\_\_\_\_  
Bitte erläutern (ggf. Anlage)

**2. Angaben zum Investitionsvorhaben**

2.1 Investitionsort

Postleitzahl

Ort

Landkreis

Straße, Nr.

Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in derselben Gemeinde?

nein  ja \_\_\_\_\_  
Bitte Wirtschaftszweig und Anschrift(en) angeben

\_\_\_\_\_

2.2 Das Vorhaben wird durchgeführt als:

(s. hierzu Ausführungen im geltenden Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der reg. Wirtschaftsstruktur“)

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Errichtung einer Betriebsstätte                | <input type="checkbox"/> Diversifizierung einer Betriebsstätte  |
| <input type="checkbox"/> Erweiterung einer Betriebsstätte               | <input type="checkbox"/> grundlegende Änderung des gesamten Produktionsprozesses einer Betriebsstätte |
| <input type="checkbox"/> Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte |   |

<sup>1</sup> Angaben des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (sofern Bilanz erstellt wird)

<sup>2</sup> S. Artikel 2 Nummer 18 allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung - AGVO

### 2.3 Projektbeschreibung

Hierzu ist eine Unternehmensbeschreibung (rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens) sowie nähere Erläuterungen zu den vorgesehenen Investitionen beizulegen (plausibles Geschäftskonzept).

### 2.4 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

\_\_\_\_\_  
Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik <sup>3</sup>

### 2.5 Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit

\_\_\_\_\_  
Wenn sich die Fertigung oder die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige oder Industriegruppen bezieht, bitte nähere Angaben, z. B. prozentualer Anteil an Produktion und Umsatz (erforderlichenfalls in einer **Anlage**).

### 2.6 Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und erbrachten Leistungen

\_\_\_\_\_  
Bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil des Absatzes nach Kreisen, Bundesländern und Ausland, erforderlichenfalls in einer Anlage. Diese Angaben sind erforderlich, falls der Nachweis des überregionalen Absatzes im Einzelfall erfüllt werden muss. Sie sind ggf. in geeigneter Form nachzuweisen.

## 3. Angaben zu den Arbeitsplatzzielen und den Abschreibungen

### 3.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Antragstellung

Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze ( 2 )	Summe ( 1 ) + ( 2 )
für Frauen ( 1 )	für Männer		

### 3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

- Anzahl der geplanten **zusätzlichen** Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen:

Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze ( 2 )	Summe ( 1 ) + ( 2 )
für Frauen ( 1 )	für Männer		

- Anzahl der geplanten **gesicherten** Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen:

Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze ( 2 )	Summe ( 1 ) + ( 2 )
für Frauen ( 1 )	für Männer		

<sup>3</sup> Die Nummer des Wirtschaftszweiges nach der amtlichen Statistik ergibt sich aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der jeweils gültigen Ausgabe des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden.

3.3 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen:

Werden in einem sachlichen/ inhaltlichen und zeitnahen Zusammenhang zu dem im Punkt 2 bezeichneten Vorhaben in einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte Arbeitsplätze abgebaut?

nein  ja Geben Sie bitte folgende Zahlen an:

Gesamtzahl der ursprünglich im Betrieb vorhandenen Dauerarbeitsplätze:

Anzahl der abgebauten bzw. noch abzubauenen Arbeitsplätze:

Anschrift der Betriebsstätte:

Wurde dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit wie diejenige, auf die sich die zu fördernde Investition bezieht, im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem Tag der Antragstellung durch das antragstellende oder ein damit verbundenes Unternehmen eingestellt oder ist beabsichtigt, eine solche Tätigkeit innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss der geförderten Investition im EWR einzustellen?

nein  ja Zeitpunkt der Einstellung der Tätigkeit

\_\_\_\_\_  
Anschrift der betreffenden Betriebsstätte

3.4 Verdiente Abschreibungen in den letzten drei Geschäftsjahren vor Antragstellung ohne Berücksichtigung von Sonderabschreibungen

Jahr	Betrag (€)

## 4. Investitionen

### 4.1 Investitionsvolumen

EUR (ohne MwSt)

1.	Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter	
2.	Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Investitionsvorhaben zählender Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens	
	davon:	
	a) Grundstücke _____	
	b) Investitionen der Ersatzbeschaffung _____	
	c) Anschaffungs- und Herstellungskosten für Fahrzeuge _____	
	d) Gebrauchte Wirtschaftsgüter _____	
	e) Aktivierungsfähige Finanzierungskosten (Bauzeitinsen) _____	
3.	Anschaffungskosten zu leasender, zu mietender/zu pachtender Wirtschaftsgüter	
4.	Sonstige Kosten	
<b>Gesamtinvestitionssumme</b>		

5. Veräußerungserlöse bei Betriebsverlagerung	
6. Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerung	

Hinweis: Die Summe der Gesamtinvestitionen muss der Summe der Gesamtfinanzierung entsprechen.

Wurden Grundstücke oder Bauten von der Öffentlichen Hand erworben?

nein

ja

### 4.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens (max. 36 Monate)

voraussichtlicher Beginn des Vorhabens (TT.MM.JJJJ)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

voraussichtliches Ende des Vorhabens (TT.MM.JJJJ)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

### 4.3 Falls Investitionen in mehreren Jahren durchgeführt werden (max. 36 Monate)

Aufteilung der Investitionen	
Jahr	Betrag

Aufteilung der Investitionen	
Jahr	Betrag

## 5. Finanzierung

### 5.1 Finanzierung

EUR (ohne MwSt)

Beihilfefreie Finanzierungsanteile <sup>4</sup> (gesamt) davon:	
• Eigenmittel	
• Hausbankkredit (unverbürgt)	
• Leasing / Mietkauf	
• Sonstige Mittel:	
Beantragtes GRW-Ergänzungsdarlehen	
Sonstige Öffentliche Finanzierungshilfen <sup>5</sup> (z. B. zinsvergünstigter Kredit, über Bürgschaften abgesicherte Kreditsumme, Investitionszuschuss )	
a)	
b)	
c)	
d)	
<b>Gesamtfinanzierung</b>	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

Finanzierungs- hilfe	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Fördersumme in EUR	Subventionswert (Bruttosubventions- äquivalent) in EUR	Konditionen (Zins, Laufz., Freijahre, Tilgung, Eff.-zins, etc.)
zu a)				
zu b)				
zu c)				
zu d)				

<sup>4</sup> Bei Vorhaben gewerblicher Unternehmen muss ein Eigenbeitrag von mindestens 25 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erbracht werden, entweder aus eigenen Mitteln oder über Fremdfinanzierung, die keinerlei öffentliche Förderung enthält.

<sup>5</sup> Weitere Fördermöglichkeiten des Landes, des Bundes und der EU könnten für dieselbe Maßnahme nicht in Anspruch genommen werden (z. B. ERP-, EKH- und KfW-Mittel, Zinszuschuss, verbürgte Hausbankkredite). Falls doch, bitte Angabe und Herkunft der Mittel erläutern und hier darauf verweisen. Es sind alle öffentlichen Finanzierungshilfen (Darlehen, Bürgschaften, Zuschüsse) aufzuführen, die beantragt oder bewilligt worden sind oder beantragt werden sollen. Sofern bei den öffentlichen Finanzierungshilfen die Konditionen bereits feststehen, wie Laufzeit, Freijahre, Anzahl der Tilgungen pro Jahr, Effektivzins, geben Sie bitte auch diese in der nachfolgenden Tabelle an.

## 5.2 Öffentliche Finanzierungshilfen

In Abhängigkeit vom Zinssatz des GRW-Ergänzungsdarlehens erfolgt ggf. die Festlegung eines Beihilfewertes entsprechend den Vorgaben der EU-Kommission anhand eines risikogerechten Zinssystems.

Sofern das Darlehen mit einem Investitionszuschuss aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für dasselbe Vorhaben kombiniert wird, sind hinsichtlich der Höhe des Zuschusses die Regelungen des jeweils gültigen Regionalen Förderprogramms Mecklenburg-Vorpommern zu beachten.

Der Beihilfewert des Darlehens, der auf Grundlage der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz – und Abzinsungssätze festgestellt wird, darf im Fall einer Kumulierung des Darlehens mit anderen Investitionsbeihilfen für dasselbe Vorhaben die von der EU-Kommission genehmigten Beihilfehöchstgrenzen nicht überschreiten. Eine Kombination von Finanzierungshilfen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit Finanzierungshilfen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums für dasselbe Vorhaben ist nicht möglich.

## 6. Beantragtes GRW-Ergänzungsdarlehen

### 6.1 Darlehenshöhe, Laufzeit, Zinsbindung

EURO:

beantragte Laufzeit:  in Jahren (max. 20 Jahre), davon tilgungsfrei  in Jahren (max. 5 Jahre)

beantragte Zinsbindung  in Jahren (max. 10 Jahre)

### 6.2 Sicherstellung

**Die Stellung werthaltiger Sicherheiten wird im Rahmen der Darlehenskonditionierung berücksichtigt!**

Das GRW-Ergänzungsdarlehen soll wie folgt besichert werden:

\_\_\_\_\_  
(Grundschulden, Sicherungsübereignung, Abtretung, Verpfändung, Bürgschaft, Sonstige Sicherheiten)

### 6.3 Darlehenssubventionierung

Ein nicht durch einen Investitionszuschuss genutzter Beihilfewert (Lücke aus der Summe der gewährten Beihilfen zum beihilferechtlich möglichen Höchstmaß)

soll zur Verbilligung der Zinskondition des GRW-Ergänzungsdarlehens genutzt werden.

soll **nicht** zur Verbilligung der Zinskondition des GRW-Ergänzungsdarlehens genutzt werden.

### 6.4 Verwaltungsgebühr

Zur Vermeidung der Beantragung und Bearbeitung eines Darlehens lediglich zur formalen Schließung der Gesamtfinanzierung für den GRW-Zuschuss erfolgt bei Nichtabnahme die Erhebung einer Verwaltungsgebühr in Höhe von 2 % der beantragten Darlehenssumme.



## 7. Anlagen zum Antrag

Als entscheidungsrelevante Unterlagen werden stets benötigt:

- vollständig ausgefülltes und unterzeichnetes Antragsformular
- plausibles Geschäftskonzept einschließlich eines Investitions- und Finanzierungsplanes sowie ein Rentabilitäts- und Liquiditätsplan und die Jahresabschlüsse der letzten beiden Geschäftsjahre nebst aktueller betriebswirtschaftlicher Auswertung
- Finanzierungsbestätigung mit Betragsangabe und Konditionen bei anteiliger Finanzierung durch die Hausbank und/oder sonstiger Kapitalgeber
- Die Anforderung weiterer Auskünfte und Unterlagen bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

## 8. Hinweise zum Datenschutz

Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unseren personenbezogenen Daten und zu meinen/unseren Rechten habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.

## 9. Hinweise/Erklärungen

- 9.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die Verfahrensgrundsätze zur ergänzenden Gewährung von Darlehen für Vorhaben gemäß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - GRW-Ergänzungsdarlehensfinanzierung - vom 12. April 2016 zur Kenntnis genommen habe(n).
- 9.2 Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu verstehen. Mir/uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.
- 9.3. Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Wahrheitswidrige Angaben über subventionserhebliche Tatsachen können zur Kündigung des Darlehensvertrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen:
  - a) Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.2) ggf. Angaben in der vorzulegenden Nutzungs- bzw. Leasingvereinbarung,
  - b) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1.3),
  - c) Vorförderungen der Betriebsstätte (Ziffer 1.4) bzw. der erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgüter, Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren (Ziffer 1.7),
  - d) Beteiligungsverhältnisse (Ziffer 1.5, ggf. Anlage 1),
  - e) Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme (Ziffer 1.6),
  - f) Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Ziffer 2.1),
  - g) Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziffer 2.3),
  - h) Wirtschaftszweig, Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit (Ziffer 2.4),
  - i) Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn (Ziffer 3.1),
  - j) Angaben zu Verlagerungsinvestitionen (Ziffer 3.3),
  - k) Abschreibungen in den letzten drei Jahren (Ziffer 3.4),
  - l) Beginn des Vorhabens (Ziffer 4.2 und Ziffer 9.2),
  - m) Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 5),
  - n) Angaben zum Erwerb von Grundstücken oder Bauten von der öffentlichen Hand sowie zum Kaufpreis (Ziffer 2.2, Ziffer 4.1).Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- 9.4 Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.
- 9.5 Mir/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei den zuständigen Behörden und nachgeschalteten Einrichtungen zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subven-

tionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und Einrichtungen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über den Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und, wenn sich an den beantragten Finanzierungshilfen der EFRE beteiligt, den für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen.

Das betrifft ebenfalls alle Daten, die nach Beendigung des Vorhabens im Rahmen der Verwendungsnachweiskontrolle erfasst werden.

Eine Auflistung von Namen und Anschriften der Stellen, denen die Daten im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung übermittelt werden, wird auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

- 9.6 Ich/Wir erkläre(n), dass die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.
- 9.7 Ich/Wir erkläre(n), dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant worden ist.
- 9.8 Ich/Wir erklären, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von mir/uns kein Offenbarungseid geleistet wurde.
- 9.9 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die Zuwendung zweckgebunden entsprechend der Verfahrensgrundsätze zur ergänzenden Gewährung von Darlehen für Vorhaben gemäß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – GRW-Ergänzungsdarlehensfinanzierung - und die Weitergabe von Zuwendungsmitteln an Dritte nicht vornehmen werde(n). Mir/Uns ist bekannt, dass bei Nichteinhaltung der geltenden Verfahrensgrundsätze oder bei Weitergabe der Zuwendung an Dritte eine Zweckentfremdung der Zuwendungsmittel vorliegt und hierauf eine Kündigung des Darlehensvertrages oder Teilkündigung mit vorzeitiger Fälligkeit der Mittel folgen kann.
- 9.10 Hiermit willige(n) ich/wir ein, dass das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern, Geschäftsbereich der NORD/LB, bei der zuständigen SCHUFA-Gesellschaft Auskünfte über mich/uns einholt und bei der Bewilligung eines Darlehens Daten an die SCHUFA übermittelt.
- 9.11 Hiermit willige(n) ich/wir ein, eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 2 v. H. des beantragten Darlehensbetrages für die von mir/uns mit der Beantragung und Bearbeitung eines Darlehens verursachten Verwaltungsleistungen zu zahlen, wenn die Bewilligung vor Auszahlung des Darlehens von mir/uns zurückgegeben wird, sofern sie lediglich zur formalen Schließung der Gesamtfinanzierung für den GRW-Zuschuss benötigt wurde.

## 10. Kostenübernahmeverpflichtung

Die Kostenübernahmeverpflichtung nach Nr. 9.11 dieses Antrages habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel